

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 16. März 2022 / Mercredi après-midi, 16 mars 2022

**2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**110 2021.RRGR.288 Motion 188-2021 SP-JUSO-PSA (Kocher Hirt, Worben)
Personalexodus in den Pflegeberufen stoppen, Rationierung verhindern**

**110 2021.RRGR.288 Motion 188-2021 PS-JS-PSA (Kocher Hirt, Worben)
Stopper l'hémorragie du personnel du domaine de la santé, éviter le rationnement**

Le président. Sans transition, nous passons à la DSSI, je souhaite la bienvenue à M. le conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg et ses collaborateurs. Nous commençons par l'affaire du point numéro 110 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion, le débat est libre, le gouvernement propose de voter point par point. Il rejette le chiffre 1, adopte et classe les chiffres 2 et 3 et il adopte le chiffre 4 sous la forme d'un postulat. L'intervention est déposée par le groupe PS-JS-PSA. Je laisse la parole à Mme la députée Kocher qui doit encore s'inscrire. – Merci. Vous avez la parole.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP), Motionärin. Ich wandle die Punkte 1 und 4 in ein Postulat, bestreite aber die Abschreibung der Punkte 2 und 3.

«Personalexodus in den Pflegeberufen stoppen, Rationierung verhindern»: Das muss das Ziel von uns allen sein, und es wird bereits einiges dafür gemacht – wir haben es letzte Woche gehört. Die Bemühungen der GSI und der Leistungserbringer sind wichtig, und ich möchte sie in keinem Fall in Frage stellen.

Im Vorstoss geht es mir darum, dass wir über die Personalmisere sprechen, dass wir sie benennen und dass wir gemeinsam überlegen, wie wir aus dieser Misere herauskommen. Ja, ich sage damit auch, dass die getätigten Anstrengungen nicht ausreichen, und das macht mir grosse Sorgen. Weil wir viele junge Berufsaussteiger verlieren, werden wir unser Soll durch mehr Ausbilden nicht erreichen. Sogar der Nationale Versorgungsbericht geht davon aus, dass wir nur 70 Prozent des eigentlichen Bedarfs decken werden können. Was heisst das für unsere Gesundheitsversorgung? Wie decken wir diese Lücke von 30 Prozent?

Es wird darum gehen, das vorhandene Personal am richtigen Ort einzusetzen. Wir müssen die Sparpotenziale gezielt nützen. Studien belegen, dass wir 45 Prozent der Spitaleinweisungen aus dem Altersheim vermeiden könnten, wenn wir mehr diplomiertes Personal in der Langzeitpflege hätten. Diese Einsparnisse im Spital – weniger Bettentage, weniger Personal, mehr Personal für die anderen Patienten – müssen wir nützen. Ich möchte, dass die Regierung zusammen mit den Leistungserbringern und den Verbänden über Massnahmen spricht, wie das Personal im Beruf gehalten werden kann. Eine Taskforce vielleicht? Ich weiss, die Rolle der Führungspersonen ist ein zentrales Element für die Arbeitszufriedenheit, aber die Frage ist doch: Warum kann diese Aufgabe nicht entsprechend umgesetzt werden? Wie kann das Arbeitsgesetz besser eingehalten werden, damit der Arbeitsplan verbindlicher wird? Und wie kann die Arbeitsbelastung reduziert werden? Ich möchte, dass ein Dialog entsteht und dass die Regierung ihre Verantwortung – diese hat sie – wahrnimmt. Sie schreibt selber in der Gesundheitsstrategie, dass die Aufsicht und die Steuerung teilweise durch wenig vernetzte Verwaltungsstrukturen erschwert sind. Es besteht also Verbesserungsbedarf.

Zu Punkt 2: Die GSI nimmt ihre Rolle in der Fachgruppe Bildung der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) ein, und das schätze ich sehr. Was aber wirklich helfen würde, sind mehr Stellen, weil die Arbeit auf mehr Personal aufgeteilt werden könnte, was die nötige Entlastung bringen würde. Mehr Stellen – das tönt vielleicht für Aussenstehende paradox – ist der wesentliche Aspekt, damit die Pflegenden im Beruf bleiben. Damit mehr Stellen geschaffen werden können, braucht es kostendeckende Tarife, und dafür muss sich der Kanton einsetzen. Es gibt weitere Ele-

mente, die angesprochen werden müssen: eine Ausbildungsverpflichtung für alle Kantone oder Ausgleichszahlungen, eine bessere Finanzierung von ausserkantonalen Studierenden. Diejenigen Leistungserbringer, die Ausbildungsplätze für mehrere Sprachen anbieten, sollen besser entschädigt werden. Was Sie vielleicht erstaunt: Wir haben einen Numerus Clausus auf Stufe Fachhochschule. Diejenigen, die einen Bachelor machen möchten, stehen auf einer Warteliste. Das macht im Moment einfach keinen Sinn. Es gibt einiges zu tun, darum bitte Punkt 2 nicht abschreiben, auch Punkt 3 nicht abschreiben.

In der Gesundheitsstrategie steht: Die Unterversorgung kann durch knappe personelle Ressourcen entstehen und zu schlechter Qualität führen. Beispiele aus der Psychiatrie haben wir letzte Woche gehört, und Studienergebnisse belegen eindeutig den Zusammenhang zwischen der Personaldotation und den unerwünschten Ereignissen. So könnten Kosten vermieden werden und Geld könnte an anderer Stelle eingesetzt werden. Wir wissen, dass sich die Personalsituation nicht so rasch ändern wird, deshalb braucht es einen Vorgehensplan. Uns fehlen bis zu 30 Prozent Personal, und wir müssen miteinander Lösungen suchen, wie die Versorgung zu organisieren ist. Das können wir nur gemeinsam machen und es braucht alle. Es braucht den Dialog darüber, wie wir das Personal am richtigen Ort einsetzen wollen.

Ich bin bei Punkt 4 mit dem Postulat einverstanden, auch wenn die Aussage, dass es keine systematisch erhobenen Daten zur Pflegequalität gibt, nicht stimmt. In der Schweiz findet eine jährliche Prävalenzmessung im Bereich der Spitäler durch die Berner Fachhochschule (BFH) und durch den Nationalen Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) statt, und Curaviva macht dies im Langzeitbereich. Hier müssen die relevanten Indikatoren festgelegt werden, um die Qualität systematisch zu monitorisieren und nachhaltig zu gewährleisten. Ich danke für die Unterstützung.

Le président. Le chiffre 1 a été transformé en postulat. Le chiffre 4 a été accepté comme postulat et aux chiffres 2 et 3, le classement est combattu. Je laisse la parole aux groupes, le premier inscrit : le PEV, et je laisse Mme la députée von Bergen expliquer son point de vue.

Margret von Bergen, Uetendorf (EVP), Fraktionssprecherin. Die Motionärinnen greifen ein brennendes Problem auf – wir haben es vorhin von Grossrätin Kocher gehört. Der EVP ist die Stärkung der Pflege ein grosses Anliegen. Das Ziel ist, verlässliche und tragbare Bedingungen zu schaffen, um den Exodus – man sagt auch «Pflexit» – möglichst zu verhindern. Es ist uns wichtig, dass das ausgebildete Personal gehalten werden kann. Wir müssen Sorge dazu haben – wir haben es vorhin gehört –, damit es nicht auslaugt und nach kurzer Zeit den Beruf an den Nagel hängt – das ist das, was jetzt gerade aktuell geschieht. Auch das ältere Personal steigt nämlich frühzeitig aus dem Arbeitsprozess aus.

In der Antwort des Regierungsrates zu Punkt 1 erstaunt schon etwas, dass er auf Betriebe verweist, die für die Zufriedenheit des Personals zuständig und verantwortlich seien, also auch verantwortlich für diesen Exodus. Es geht doch hier nicht um die Zufriedenheit, die mit sogenannten «Fringe-Benefits» befriedigt oder – in der Umgangssprache – mit «Goodies» gelöst werden können. Das schafft wohl Anreize für die Betriebe, aber das Problem betrifft alle Pflegebereiche und kann nicht isoliert gelöst werden. Die Ursache liegt tiefer und muss an die Grundkonstrukte und ans System angepasst werden. Es braucht die Unterstützung und auch Lösungen der Politik, um dem entgegenzuwirken. Für die Rahmenbedingungen wie die Tarifgestaltungen – wir haben es vorher schon gehört –, die Personalschlüssel und auch die Ausbildungsgestaltung ist nach wie vor der Kanton zuständig. Das ändert sich auch nicht, wenn wir die Pflegeinitiative umsetzen. Das sind wichtige Schallhebel für die Verbesserungen und Anpassungen, damit die Leistungserbringer bessere Rahmenbedingungen schaffen. Die EVP erwartet hier vom Regierungsrat Unterstützung, Lösungen und Massnahmen, die er zusammen mit den Leistungserbringern erarbeitet, um dem drohenden Kollaps entgegenzuwirken. Die EVP hätte den Punkt 1 auch als Motion angenommen und wird jetzt logischerweise das Postulat unterstützen.

Ich möchte noch zu Punkt 2 kommen, zu dem der Regierungsrat in der Antwort aufführt, welche Massnahmen und Bemühungen er in den letzten Jahren gemacht hat. Da sind sehr wichtige und

richtige Schritte gemacht worden. Er verweist auch auf diesen sehr interessanten und aufschlussreichen Versorgungsbericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan), der im September erschienen ist. Darin sind Gründe und Handlungsfelder zum aktuellen Pflegegenotstand aufgezeigt und auch, wie man dem entgegenwirken könnte. Es ist aber nicht ersichtlich und noch offen, welche Schlüsse der Regierungsrat daraus zieht und welche konkreten Massnahmen er aus dem Bericht an die Hand nehmen will. Deswegen kann dieser Punkt noch nicht abgeschrieben werden.

Auch der Punkt 3 der Motion kann gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung punkto Grundversorgung nicht abgeschlossen werden. Es handelt sich hier doch um einen fortlaufenden Prozess. Das kann nicht ad acta gelegt werden.

Bei Punkt 4 sind wir von der EVP grundsätzlich gleicher Meinung wie der Regierungsrat: Wir müssen nicht noch mehr Erhebungen und Daten einfordern. Deswegen unterstützen wir ihn gerne auch als Postulat.

Also: Die EVP stimmt dem Punkt 1 – in diesem Fall als Postulat – zu, und auch dem Punkt 4, den Punkten 2 und 3 als Motion, aber ohne Abschreiben. Ich danke, wenn Sie das auch so machen, damit es endlich vorwärtsgeht.

Melanie Gasser, Ostermundigen (glp), Fraktionssprecherin. Ich gehe heute ganz nach der Devise «In der Kürze liegt die Würze», denn das Problem des Fachkräftemangels im Pflegebereich ist uns – glaube ich – mittlerweile allen bekannt. Spätestens die deutliche Annahme der Pflegeinitiative hat gezeigt, dass sich auch die Bevölkerung, und nicht nur die Politik, im Klaren darüber ist, welche grosse Probleme wir in diesem Bereich haben. Die glp-Fraktion anerkennt diese Probleme genau gleich und deshalb sind wir überzeugt, dass wir das Ansinnen der Motionärin unterstützen müssen. Bei Punkt 1 unterstützen wir es auch in Form eines Postulats, die Punkte 2 und 3 unterstützen wir in Form der Motion und wollen sie nicht abschreiben. Punkt 4 unterstützen wir in Form eines Postulats.

Ich möchte kurz auf Punkt 1 eingehen. Ich bin der Überzeugung, dass es sich der Regierungsrat doch ein bisschen einfach macht. Klar ist die Einflussmöglichkeit durch die momentanen Strukturen, die wir haben, eingeschränkt, aber trotzdem kann der Regierungsrat in gewisser Art und Weise Einfluss nehmen. Ich denke z. B. an die Ausschreibung von Grundversorgungsaufträgen: Da kann man durchaus steuern, wer diese Aufträge bekommt, und man kann auch gewisse Bedingungen an die Einhaltung des Arbeitsgesetzes oder sonstige Arbeitsbedingungen stellen.

Die Punkte 2 und 3 betrachten wir als Daueraufgabe. Klar, man könnte sagen, es macht nicht viel Sinn, wenn man Daueraufgaben nicht abschreibt oder diese Motionen aufrechterhält, aber wir wollen dem Regierungsrat mit auf den Weg geben: Wir erwarten, dass Sie hier dranbleiben, wir sind offensichtlich noch nicht am Ziel angekommen. Es wurde aufgezeigt, dass viele wichtige und richtige Massnahmen schon ergriffen worden sind, aber es braucht offensichtlich noch mehr.

Bei Punkt 4 gehe ich ganz einig mit meiner Vorrednerin. Wir wollen nicht mehr Daten erheben, wir wollen keine neuen Papiertiger, aber die vorhandenen Daten – Manuela Kocher Hirt hat bereits aufgezeigt, dass es doch einige Daten mehr gibt, als der Regierungsrat hier sagt – sollen herangezogen und vernünftig analysiert werden.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Auch der Mitte-Fraktion ist das Thema sehr wichtig. Wir verstehen und teilen die Sorge um den Personalmangel. Deshalb nehmen wir wie folgt zu diesen Forderungen Stellung.

Zu Punkt 1. Da sehen wir im Kontext – was kommt mit der Umsetzung der Pflegeinitiative? –, dass eine Motion nicht zielführend ist, jedoch als Postulat kann der Regierungsrat durchaus seine Rolle wahrnehmen, aufzeigen und darauf hinwirken.

Mit der Annahme der Punkte 2 und 3 folgen wir dem Regierungsrat, wollen sie aber noch nicht abschreiben. Ein Engagement in der GDK ist ein laufender Prozess und noch nicht erledigt, wie auch bei Punkt 3, der noch nicht fertig ist und laufend hinterfragt und angepasst werden muss. Bei Punkt 4 folgen wir dem Regierungsrat und unterstützen dies als Postulat, wie argumentiert in der Antwort.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Es ist unbestritten und uns wohl allen bewusst, dass in der Pflege eine schwierige Personalsituation besteht. Aber Tatsache ist, dass das überhaupt nicht nur die Pflege betrifft, sondern praktisch alle Wirtschaftszweige, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen, wie wir wissen: Sei dies die Demographie, sei dies die schwierige Arbeitsmarkt- oder Europapolitik, sei dies die Situation in einzelnen Nachbarländern, namentlich in Deutschland, wo sie Vollbeschäftigung haben und deshalb niemand zu uns kommen will.

Bei der Pflege kommt noch erschwerend dazu, dass fehlende Anreize bestehen, um diesen Beruf überhaupt zu ergreifen, dass die Arbeitsbedingungen häufig streng sind und deshalb viele rasch wieder aussteigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig ist und dass die Covid-Pandemie noch das Ihre zur schlechten Situation beigetragen hat.

Was uns jetzt nicht weiterhilft, ist, wenn man Verantwortliche – oder vielmehr Schuldige – bezeichnet: Wenn man nämlich sagt, dass die Spitäler verantwortlich seien, die angeblich zu wenig Pflegende einstellen oder zu wenige qualifizierte Pflegenden beschäftigen würden, um eine hohe Marge zu erzielen. Fakt ist, dass die Spitäler unter einem Margendruck sind, der vom Bund gesteuert ist, und dass sie daraus gar nicht herauskommen. Fakt ist, dass jedes Spital eine Ebitda-Marge von mindestens 10 Prozent erwirtschaften muss, um die Investitionen selber stemmen zu können. Da kann man nicht einfach den Spitälern die Schuld geben, sie würden zu wenig Pflegenden beschäftigen wollen – das stimmt schlicht und einfach nicht.

Aber auch der Regierungsrat macht es sich in der Antwort etwas gar einfach, wenn er die Verantwortung seinerseits an die Spitäler delegiert und uns weismacht, dass diese in den Tarifverhandlungen mit den Krankenkassen schauen sollen, dass sie einen Tarif erhalten, mit dem sie die Pflegenden gut bezahlen können. Ich vermute mal, dass dieser Jurist oder diese Juristin, welche die Antwort geschrieben hat, selber noch nie an einer solchen Verhandlung gewesen ist, sonst würde man nämlich keinen solchen Unsinn schreiben.

In Ziff. 1 dieses Vorstosses wird verlangt, dass der Regierungsrat Massnahmen zur Vermeidung der Personalabgänge in den Pflegeberufen ergreifen soll. Damit werden unseres Erachtens Erwartungen geschürt, die – so berechtigt sie sind – nicht erfüllt werden können. Primär ist dies tatsächlich Führungsaufgabe der Spitäler selber. Allerdings besteht auch hier Handlungsbedarf eigentlich beim Kanton, denn dieser sollte ein Interesse haben, dass Kosten in der Langzeitpflege vermieden werden, und das kann man tatsächlich durch frühzeitigen Beizug von qualifizierten Pflegenden vermeiden respektive die Kosten reduzieren. Die Regierung könnte durch geschickt ausgearbeitete Leistungsverträge entsprechende Vorgaben machen, müsste aber – und jetzt kommt der springende Punkt – bereit sein, den zusätzlichen Aufwand zu *vergüten*. So könnte sie zu einer Lösung beitragen. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, das *kostet* wieder. Jetzt kann man entweder auf den Bund warten, der das bezahlt, indem man auf die Umsetzung der Pflegeinitiative wartet, oder aber man muss selber Geld freimachen, und Geld freimachen kann man meines Erachtens nur, wenn man Spitäler schliesst oder wenn man das Leistungsangebot ausdünnert. In der Orthopädie, wofür es in der Stadt Bern viel zu viele Angebote hat, wäre es möglich, aber ob wir das wollen, wage ich einmal zu bezweifeln. Deshalb lehnt der Freisinn Ziff. 1 dieses Vorstosses auch als Postulat ab.

Hingegen begrüssen wir die Vorschläge in Ziff. 2 und Ziff. 3., bei denen wir aber als folgerichtig anerkennen, wie es der Regierungsrat macht, und in der Konsequenz bereit sind, diese abzuschreiben.

Und schliesslich zu Ziff. 4, wonach der Regierungsrat regelmässig Bericht erstatten soll, wie sich die Versorgungssicherheit und die Pflegequalität in den verschiedenen Versorgungsbereichen darstellt: Das kann man so machen – einfach nicht nochmals einen zusätzlichen Bericht, davon haben wir an sich schon genügend, aber wir können einem Postulat zustimmen.

Kurzum, die Anliegen der Motionärinnen scheinen uns grundsätzlich berechtigt zu sein. Mit der Erwartungshaltung aber, dass dieser Misere allein auf kantonaler Ebene Einhalt geboten werden kann, ohne dass anderswo substanzielle Einschnitte gemacht werden – das ist eine Frage der Verteilung, und diese muss man diskutieren –, dürften diese Anliegen so leider nicht erfüllbar sein.

Deshalb wollen wir nicht falsche Erwartungen wecken, und deshalb stimmt der Freisinn so, wie ich es ausgeführt habe.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Fraktionssprecherin. Ich werde nicht einen so grossen Rundumschlag machen wie mein Vorredner Grossrat Zimmerli. In einem sind wir uns sicher einig: im Vorstoss, der den Personalexodus in den Pflegeberufen stoppen und Rationierung verhindern soll – da sind wir uns einig.

Dass 15 Prozent Intensivpflegepersonal fehlen, ist Tatsache. Leider haben schon vor der Pandemie rund 40 Prozent des Personals ihren Beruf aufgegeben. Warum? Die Belastung ist gross, oder weil sie selber ein Gesundheitsproblem bekommen haben. Die Pflegequalität – so die Aussage in der Motion – habe gegenüber vor der Pandemie abgenommen. Es ist gesagt worden: Der Druck der Spitäler ist gewachsen, nicht zuletzt halt gleichwohl auch aufgrund finanzpolitischer Ausgangslagen. Was sagt der Regierungsrat zu den vier Punkten, welche die Motionäre verlangen?

Massnahmen gegen den Personalmangel sollen mit einer Steigerung der Arbeitszufriedenheit – Vereinbarkeit von Familie und Beruf – erreicht werden. Jetzt wurde gesagt, dass die Arbeitszufriedenheit nicht eine so wichtige Rolle spielt. Ich muss Ihnen sagen: Bei jenen Pflegenden, mit denen ich Kontakt habe, ist es sehr wohl ein wichtiger Punkt, wie die Arbeitszufriedenheit aussieht, ob man gerne arbeiten geht, ob die Stimmung im Team gut ist und vor allem, ob die Führung stimmt – das spielt sehr wohl eine Rolle.

Punkt 2 ist eigentlich etwas, das auf Bundesebene gelöst werden muss. Auf der anderen Seite kann man sagen: Der Kanton Bern investiert mit grossem Engagement in die nichtuniversitären Berufe, gibt Ausbildungsmöglichkeiten mit Übernahme von Kurskosten, Nachwuchsförderung und Kurskosten für Wiedereinsteigerinnen. Aber wie gesagt: Dazu läuft auf Bundesebene sehr viel und das sollte auch dort ansatzmässig gelöst werden.

Zu Punkt 3: Die Grundversorgung ist bereits angespannt, und zwar nicht nur auf der Ebene der Pflegenden, sondern auch auf der Ebene der Hausärzte. Ich könnte Ihnen relativ lange darüber berichten, wie es in meiner Region aussieht: Diesbezüglich haben wir eigentlich einen totalen Notstand. Bei uns werden die Patienten von der Praxis ins Spital geschickt, wo man ihnen nur Tabletten gibt. Da muss ich leider feststellen, dass dies eigentlich mit dem Einsatz eines Placebos zu vergleichen ist. Der Kanton Bern hat aber hier grosse Anstrengungen gemacht, unter anderem mit dem Nachdiplomstudium für Anästhesie-, Intensiv- und Notfallpflege an der höheren Fachhochschule.

Punkt 4 ist aus unserer Sicht unnötig. Der Grosse Rat wird periodisch über die Versorgungssituation informiert, und es ist auch wichtig und richtig, dass wir wissen, wie die Situation aussieht. Ich verzichte darauf, diesen Punkt noch weiter zu erläutern – in der Antwort der Regierung ist alles gesagt. Das Fazit aus Sicht der SVP-Fraktion: Über Punkt 1 haben wir in der Fraktion nicht als Postulat abgestimmt. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie abgestimmt werden wird. Vielleicht werden Einzelne dem Postulat zustimmen, die Motion hätten wir abgelehnt. Punkt 2: wie Regierung. Punkt 3: Annahme, und es wird Einzelne geben, die helfen würden, die Abschreibung zu bestreiten. Und Punkt 4: als Postulat stimmen wir zu.

Meret Schindler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. «Die Patienten sind nicht da, um sauber zu werden, sondern um gesund zu werden.» Das ist das Zitat einer Pflegedienstleiterin eines Spitals im Kanton Bern aus den letzten zwei Jahren. Es gibt Spitäler, in denen die Patientinnen und Patienten am Morgen nicht mehr gewaschen werden können, weil sie kein Personal mehr haben. Sie wissen alle, dass es megaschlimm ist, wenn Sie Anekdoten hören von Leuten, die in letzter Zeit im Spital waren, z. B. weil sie den Arm gebrochen haben. Diese Anekdoten sind nicht Einzelfälle, sondern es ist wirklich eine Summe, und das ist ein Problem, das im System drin ist.

Es ist so: Die Arbeitgeber haben auch einen Teil der Verantwortung. Es ist aber sehr stossend, dass die Regierung nicht einmal bereit ist, die Massnahmen aufzuzeigen, die man kollektiv angehen könnte, wie man die Sachen in den einzelnen Spitälern, aber auch in der Spitex oder in den Altersheimen, machen könnte. Solange wir nicht einen konkreten Plan haben, wie wir vorwärtsgehen wollen, ist Punkt 1 wirklich unbedingt nötig. Ich bedaure es sehr, dass die Mehrheit in diesem Rat

nur die Bereitschaft gezeigt hat, einem Postulat zuzustimmen und nicht der Motion – das ist wirklich ein Fehler. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt natürlich diesen Punkt in der jetzt abgeschwächten Form des Postulats und hofft, dass bei dieser Prüfung konkrete Massnahmen aufgezeigt werden.

Zu Punkt 2: Solange wir nicht genügend Personal haben, kann man diesen Punkt eigentlich nicht abschreiben – so einfach ist diese Rechnung. Ich bin ziemlich einig mit dir, Christoph Zimmerli, und das gibt es nicht so häufig: Merci für dein Votum, du hast mir relativ viel vorweggenommen. Es ist sehr einfach gemacht, auch hier einfach immer auf die Arbeitgeber zu verweisen.

Auch bei Punkt 3: Ja, der Kanton macht Massnahmen. Wir haben dies letzte Woche in der ersten Gesundheitsdebatte, die wir geführt haben, gehört. Aber es reicht nicht: Die Patienten werden nicht mehr gewaschen, wenn es nicht unbedingt – oder zum Teil sogar, wenn es dringend – nötig wäre, nicht mehr jeden Tag und zum Teil auch wochenlang nicht oder noch länger. Solange wir solche Sachen nicht haben, muss man noch mehr Schritte vorwärts machen. Es gibt z. B. die Möglichkeit der Berufsprüfung, die wir jetzt aufbauen und publik machen unter den interessierten Leuten: Das sind Leute, die einen Abschluss als Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ (FaGe) haben – dass diese berufsbegleitend während 30, 40 Tagen im Jahr einen fachspezifischen Abschluss machen können. Diese Leute sind in den Massnahmen, die der Kanton schon macht, nicht genannt. Das sind dann Spezialistinnen und Spezialisten für Psychiatrie, oder es sind Spezialistinnen für Alterspflege. Das wäre eigentlich etwas, das man unbedingt besser stärken sollte, z. B. zusammen mit dem Berner Bildungszentrum Pflege (BZ). Deshalb: auch Punkt 3 nicht abschreiben, bitte.

Manuela, du hast es am Anfang schon gesagt: Es gibt diverse Instrumente, die man hat. Ich habe früher solche Untersuchungen für das damalige Zieglerspital gemacht. Dafür haben wir einmal im Jahr jeden Patienten und jede Patientin im Spital ausgezogen, umgedreht und von Kopf bis Fuss kontrolliert, ob sie irgendwo eine Druckstelle haben, ob sie nach einer Operation eine Lungenentzündung haben. Man hatte den Tag X als Stichprobe, und an diesem Tag wurde überall im ganzen Kanton getestet. Das ist aufwendig, aber das sind dann die Zahlen, die man hat. Wenn man solche Zahlen anschliessend nicht verwertet, ist es ein wahnsinniger Aufwand für nichts. Deshalb: die Zahlen, die man hat, zusammentragen – Melanie Gasser, du hast es vorhin gesagt – und dann daraus lernen und wirklich die Konsequenzen ziehen.

Ich bitte Sie, allen Punkten jetzt halt in dieser Form – die Punkte 1 und 4 als Postulat – zuzustimmen, die Punkte 2 und 3 anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Ja, es wurde vorhin gesagt: Wir haben jetzt die zweite Gesundheitsdebatte in dieser Session und es geht im Juni weiter, weil wir dann nochmals über einen weiteren Vorstoss, der zur gleichen Zeit eingereicht wurde, diskutieren werden, in dem es um die Weiterbildungsunterstützung geht. Ich glaube, die Vorvoten haben es sehr eindrücklich gezeigt und es ist ja auch sehr breit abgestützt: Ja, wir haben einen Notstand, man muss von einem Notstand sprechen. Deswegen ist es auch richtig, dass die Motion im Titel sagt: «Rationierung verhindern». Wenn die Menschen nicht mehr die Pflege erhalten, die sie eigentlich brauchen, dann haben wir eine Rationierungssituation, und das wollen wir alle nicht. Deshalb ist die grüne Fraktion überzeugt, dass das richtig ist, und wir würden eigentlich alles als Motion unterstützen, werden es natürlich aber auch als Postulat unterstützen.

Trotzdem etwas zu diesen 4 Punkten: Der Regierungsrat sagt, er sei nicht alleine verantwortlich. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, sehr geehrter Herr Gesundheitsdirektor, es ist nicht jemand alleine verantwortlich für diese Situation. Die grüne Fraktion ist auch dieser Meinung, aber der Kanton kann sich auch nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Gesundheitsversorgung ist primär eine kantonale Aufgabe. Das ist ein Hoheitsgebiet, in dem wir sehr stark gefordert sind, und da kann man nicht entweder sagen, der Bund sei allein zuständig, noch kann man sagen, es seien die Institutionen allein. Die Spitäler sind ja in hundertprozentigem Eigentum des Kantons, jedenfalls jene im öffentlich-rechtlichen Bereich, und auch bei den Pflegeheimen ist es der Kanton, der Auftraggeber, der Finanzgeber. Wir sprechen das Geld im Gesundheitswesen, deswegen haben wir auch eine sehr starke Verantwortung und können nicht einfach sagen: Es sind die anderen. Hier immer die

heisse Kartoffel hin- und herzuschieben ist unwürdig, vor allem, weil wir ja wissen: Es ist dringend, und wir haben eine überwiesene Volksinitiative, die das auch sehr klar auf den Punkt gebracht hat. Beim Motionspunkt 1 ist die Prävention für uns wichtig. Wir müssen schauen, dass wir verhindern, dass die Leute aus dem Erwerbsprozess ausscheiden. Zu sagen, die Spitäler sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf regeln – ja, so einfach ist das einfach nicht. Sollen denn die Spitäler noch eigene Kitas aufbauen? Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Analysen sind gemacht. Es ist nicht einfach, in einem Schichtbetrieb Antworten zu finden, aber es ist zu einfach, zu sagen: Das Spital soll das regeln. Das allein genügt nicht. Darum ist hier der Präventionscharakter wichtig und das Unterstützen des Postulats, so wie es jetzt ist.

Punkte 2 und 3: Hier geht es, so glaube ich, wirklich um die Kernpunkte. Es braucht Koordination – klar braucht es Koordination mit dem Bund. Da wird auch einiges gemacht, das anerkennen wir – aber es reicht nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht nicht, und wenn es nicht reicht, dann reicht es jetzt langsam mit dem «Es reicht nicht», dann muss man machen, dass es reicht.

Vorgehensplan Punkt 3: Hier braucht es Aktionen. Ein paar Massnahmen sind aufgezählt, aber mit diesen allein wird es nicht ausreichen.

Und Punkt 4: Ja, Information – wir brauchen vielleicht nicht mehr Berichte, aber wir brauchen aussagekräftige Analysen, die sagen: Das haben wir gemacht, dort wollen wir hin und diese Mittel brauchen wir dazu. Deshalb ist es richtig, die Information einzufordern. Wie gesagt: Die grüne Fraktion sagt, es reicht und es reicht eben nicht. Helfen Sie darum mit, diesem Vorstoss möglichst viel Wirkung zu geben – die grüne Fraktion macht das.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), Einzelsprecherin. Ja, ich möchte es nur kurz machen und kurz als Einzelsprecherin nach vorne kommen.

Wer hier in diesem Saal *meint*, wir hätten mit dieser Motion – ob nun als Postulat oder als Motion überwiesen – wirklich, tatsächlich in drei Monaten eine absolut andere Situation, der irrt. Es reicht eben nicht, wenn wir als Grosser Rat so wahnsinnig gescheit reden. Die Problematik kennt man seit der Versorgungsplanung 2008. Diejenigen, die so alt sind wie ich, die schon relativ lange hier im Saal sind, wissen: Schon damals hat man gesehen, dass es nicht gut kommt.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, dort oben sitzt Sevan Nalbandian, Geschäftsleiter von Curaviva. (*Die Rednerin weist zur Zuschauertribüne. / L'oratrice indique la tribune du public.*) Ich glaube, wir müssen breiter denken. Curaviva hat es geschafft. Ich durfte vor Jahren in einer Jury mitmachen zur Frage, wie man diese Problematik im Kleinen, insbesondere in den Alters- und Pflegeheimen, angehen kann: Wie kann man neue Ideen – innovative Ideen –, die man wiederholen und an anderen Orten machen kann, eigentlich honorieren und zeichnen? Sie können in den verschiedenen Jahren nachschauen: Wir haben verschiedene Alters- und Pflegeheime gefunden, die total spannende, neue Projekte haben – ohne Gewerkschaften, ohne SVP, sicher ohne glp. Sondern: Sie hatten spannende, gute Geschäftsleitende, die gemerkt haben, dass es wahrscheinlich mehr braucht, dass es vermutlich neue Versorgungsstrukturen braucht, damit die Pflegenden z. B. überhaupt noch ins Seeland arbeiten gehen. Das ist für mich einer der Punkte, den wir hier in diesem Saal nicht diskutiert haben – er gehört auch nicht in den Grossen Rat: das Setzen auf die innovativen Geschäftsleitenden der Alters- und Pflegeheime in den Gemeinden, diese ernst zu nehmen oder vielleicht auch mal schauen, dass diese an Ort und Stelle kommen. Ein Teil unserer Alters- und Pflegeheime hat nicht nur – ich sage mal – relativ alte Leuten, sondern auch alte Strukturen und alte Verwaltungsräte. Da braucht es neue Möglichkeiten, neue Ressourcen, wie man eine Versorgung der Alters- und Pflegeheime – insbesondere jener, die Handlungsbedarf haben – machen kann. Und das kann man nicht im Grossen Rat machen. Da braucht es neue Cracks auf der operativen Ebene. In diesem Sinn wäre es mir wichtig, nicht einfach zu hoffen, dass jetzt wirklich alles besser wird, wenn wir dies hier als Motion überweisen, sondern dass wir alle in den Gemeinden versuchen, unseren Anteil zu machen, damit es besser wird.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Je ne vais pas répéter tout ce que j'ai déjà dit durant cette session parce que ce n'est pas la première motion sur laquelle je m'exprime et qui demande exactement la même chose. Tout d'abord, quand même un point : nous ne sommes pas dans une

situation où nous devons rationner les soins. Au contraire, le monde de la santé reste encore et toujours un marché qui est dirigé par l'offre et non pas encore par la demande. Aujourd'hui, nous avons beaucoup plus de demandes de la part des hôpitaux pour ajouter des missions à la liste hospitalière que pour en retrancher parce qu'ils n'arriveraient pas à les mener à bien.

Aujourd'hui encore, nous avons beaucoup de demandes pour des lits supplémentaires dans les établissements médicaux-sociaux (EMS) et, aujourd'hui encore, nous avons toujours beaucoup de demandes pour l'ouverture de nouvelles structures de soins à domicile.

Mais il est clair que c'est une thématique que nous devons aborder avec sérieux, mais aussi avec une certaine consistance. Il est important que chaque intervenant, chaque acteur dans cette problématique prenne à cœur les thématiques qui le concernent. En ce qui concerne le canton, nous avons pour mission de mettre assez de places de formation à disposition, je pense particulièrement aux écoles professionnelles, mais également aux hautes écoles, de manière à ce que nous puissions former assez de personnes pour la relève. Et sur ce point-là, le canton prend les mesures nécessaires. Nous nous investissons également, comme c'est mentionné dans la réponse, au niveau national de manière à préparer également au mieux la mise en œuvre de l'initiative sur les soins hospitaliers.

Mais il est également important que les différents prestataires de services fassent également leur part du travail, qu'il s'agisse de l'organisation, qu'il s'agisse de la direction, qu'il s'agisse de certaines conditions comment le personnel va travailler, etc. Et là, le canton n'a pas les moyens d'intervenir directement. Nous pouvons intervenir indirectement, il y a longtemps que nous le faisons, par exemple, sur des contrats de travail, l'abréviation ne me vient qu'en allemand, les Gesamtarbeitsverträge (GAV), nous les avons au niveau de certaines thématiques, et quelqu'un qui veut avoir une mission doit pouvoir prouver qu'il est signataire d'un tel document ou respectivement, qu'il offre des conditions identiques et cela est également contrôlé régulièrement par le canton.

Pour ce qui est des tarifs, je crois qu'il y a un grand mélange dans cette salle au niveau des tarifs. Le canton n'est pas partenaire dans la négociation des tarifs. Je suis parfaitement conscient que cette négociation n'est pas quelque chose de facile et je suis parfaitement conscient que les caisses maladie ne sont pas des partenaires faciles lorsqu'il s'agit de négocier ces tarifs. Mais n'oublions quand même pas qu'une fois par année, tout le monde critique les caisses maladie pour la nouvelle hausse qu'on va subir. Donc, toute hausse de tarifs est égale à hausse des primes de caisses maladie, et ça, je crois, il faut aussi en être conscient et nous devons également tenir compte de cela.

Maintenant pour les tarifs, si les partenaires trouvent un terrain d'accord, le canton valide ce tarif, mais le canton ne participe pas à la négociation et le canton ne peut pas se mettre en travers de ces négociations. Si, par contre, les partenaires ne s'accordent pas sur un tarif, là, le canton fixera un tarif. Mais là, il faut également être conscient que soit l'un soit l'autre des partenaires tarifaires attaquera ce tarif au Tribunal fédéral administratif et très souvent on va se retrouver à la case départ. Je pense par exemple aux négociations sur le tarif TARMED, mais permettez-moi aussi, à ce sujet-là, de dire que si nous n'arrivons pas à avancer, par exemple sur ce tarif-là, c'est bien souvent parce que certaines catégories, dans un groupe de partenaires tarifaires, ne veulent pas jouer le jeu et ne veulent pas mettre à disposition les chiffres qui seraient nécessaires pour que l'autre partenaire tarifaire puisse avancer dans ces fixations de tarifs.

Pour ce qui est des tarifs où nous finançons le solde, ce qui n'est pas pris en compte dans les montants fixés au niveau national : nous nous basons sur des coûts normatifs, ces coûts normatifs ont été recalculés l'année dernière pour une partie des prestataires. Pour une autre partie des prestataires, nous n'avons pas pu les recalculer parce que les chiffres à notre disposition n'étaient pas dans une qualité qui permettait une recalculation. Raison pour laquelle nous avons été plus précis dans la fixation de comment les gens devaient tenir leur comptabilité, de manière à ce que d'ici deux années, nous ayons une base chiffrée suffisante pour que nous puissions les recalculer. Donc, il est important que chacun fasse sa part du travail et qu'il la fasse d'une manière cohérente et aussi d'une manière bien coordonnée. Le canton joue son rôle et les partenaires, pour la plupart, le jouent également. Il y en a certains qui doivent certainement aussi s'améliorer. Le canton peut certainement aussi s'améliorer. Et c'est la raison pour laquelle le gouvernement vous proposait de rejeter le chiffre 1 sous forme de postulat – vous déciderez comment voulez l'accepter –, les chiffres

2 et 3 étant d'ores et déjà remplis, nous vous proposons de les classer et, pour le chiffre 4, nous vous invitons d'ores et déjà l'accepter sous forme de postulat.

Le président. Ich begrüsse auf der Tribüne den deutschen Botschafter in der Schweiz, Herrn Doktor Michael Flügger und den Gesandten Fried Nielsen.

Je laisse la parole à la porte-parole du groupe PS-JS-PSA, Mme la députée Kocher.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP), Motionärin. Vielen Dank für die angeregte Diskussion und für die Auseinandersetzung mit dem Thema. Noch einmal: Ich weiss, wir haben es schon oft diskutiert. Mir ist ganz wichtig, an dieser Stelle zu deponieren: Es ging mir in dieser Motion nicht um eine Schuldzuweisung. Es ist mir durchaus bewusst – und es ist auch mein Wunsch –, dass alle, die in der Verantwortung sind, ihren Teil an die Lösungssuche beizutragen haben. Das ist genau das, was ich in den Vorstoss hineinzubringen versucht habe.

Wir haben eine grosse Fragmentierung in unserem Gesundheitswesen. Die Kompetenzen und die Zuordnung von Aufgaben sind sehr fragmentiert, und beim Zusammenspiel und den Schnittstellen dieser Prozesse gibt es von mir aus gesehen gemäss meinem Vorstoss noch einiges zu verbessern. Der Regierungsrat hat ein paar Sachen aufgezeigt. Er hat auch aufgezeigt, dass sich gewisse Dinge schon verbessert haben oder dass man daran ist. Aber mir geht es auch darum, dass der Druck jetzt so gross ist ... Es geht wirklich um eine gute Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung. Wir müssen jetzt lernen, zusammenzustehen und nicht zu sagen: Der andere ist verantwortlich, jener sollte und dieser sollte. Jetzt müssen wir einmal gemeinsam vorwärtsgehen und eine Strategie haben, damit wir dieser Fragmentierung begegnen können und damit die Schuldzuweisungen aufhören – sondern, dass wir vorwärtsschauen. Es reicht nicht, wenn einige Altersheime gute Modelle haben. Das reicht nicht; das sind solch kleine Tropfen auf den heissen Stein. Wir müssen dies in eine Gesamtstrategie hineinpacken. Die Nachwuchsförderung, die wir betreiben, ist sehr gut, aber sie fällt auf einen schlecht vorbereiteten Boden und wird verpuffen. Mir geht es darum, dass die Investitionen, die wir in die Ausbildung tätigen – und das sind nicht wenige Franken, die wir dafür in die Finger nehmen –, auf einen gut vorbereiteten Boden fallen, dass sie fruchtbar sind und wachsen können und dass wir so die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen können.

Noch ein Wort zu den Stellenplänen in der Langzeitpflege: Wir könnten uns – das ist in der Kompetenz des Kantons – mit einem grossen Schritt verändern, wenn wir dort die Stellenpläne anpassen. Ich habe probiert, es aufzuzeigen: Es gibt ein grosses Sparpotenzial in diesem Bereich, das zu einer Entlastung in den Spitälern führen würde. Aber da müssen wir uns miteinander an den Tisch setzen und Lösungen ausarbeiten. Merci für Ihre Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire. Je rappelle les différentes propositions : chiffre 1, postulat, chiffres 2 et 3, adoption sous la forme d'une motion et classement combattu et chiffre 4, postulat. Les député-e-s qui acceptent le chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Ou	76
Nein / Non	66
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté le chiffre 1 sous la forme d'un postulat.

Chiffre 2, adoption de ce chiffre sous la forme d'une motion : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Point 2 adoptions de ce point sous la forme d'une motion, les députés qui acceptent cette proposition.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	131
Nein / Non	9
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez accepté ce chiffre 2 sous la forme d'une motion.

Nous nous prononçons maintenant sur le classement : les député-e-s qui souhaitent classer ce chiffre 2 votent oui, celles et ceux qui ne souhaitent pas le classer votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	76
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Ce chiffre 2 ne sera pas classé. Vous avez refusé.

Chiffre 3, nous votons sur la proposition de motion : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 3 / ch. 3

Annahme / Adoption

Ja / Oui	113
Nein / Non	28
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous adoptez ce chiffre 3 sous la forme d'une motion.

Nous nous prononçons sur le classement : les député-e-s qui souhaitent classer ce chiffre 3 votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 3, Abschreibung / ch. 3, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	60
Nein / Non	81
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Ce chiffre 3 ne sera pas classé, vous l'avez refusé.

Dernier point, le chiffre 4, il est proposé sous la forme du postulat : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui renoncent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.288: Ziff. 4, als Postulat / ch. 4, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	142
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté ce chiffre 4 sous la forme d'un postulat.